



Einer von uns
Einer für uns

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Alexander Ulrich MdB

BERLIN INFO für die Woche vom 29.05.-02.06.2017

Autobahnprivatisierung
Solidarische Rentenversicherung
Ost-West-Rente
Betriebsrente
Mindestlohn
Abschiebestopp Afghanistan
Abzug der Bundeswehr aus Incirlik

Liebe Genossinnen und Genossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen.

In einem Abstimmungsmarathon wurden am Donnerstag kurzer Hand mehrere Grundgesetzänderungen durchgepeitscht. Hierbei ging es um die Neuordnung der Bundes-Länder-Finanzbeziehungen und insbesondere um die der Infrastrukturinvestitionen. Mit der entsprechenden Änderung des Grundgesetzes werden weitere Türen für die Privatisierung großer Bereiche der öffentlichen Daseinsfürsorge, wie der Bundesautobahnen und der Bundesfernstraßen, geöffnet. Die Ergebnisse solcher Privatisierungen kennen wir bereits: Dienstleistungen werden durch die privaten Anbieter nicht besser, sondern zumeist einfach nur unkontrollierbar und teurer. Eine Gebührenerhebung für die Nutzung von Autobahnen wird sich gerade für Menschen mit geringerem Einkommen besonders negativ auswirken. DIE LINKE. hat geschlossen gegen diese Gesetzesänderung gestimmt. Weitere Infos dazu findet Ihr in einem [Antrag](#) der Fraktion DIE LINKE. sowie in der [Rede](#) von Sahra Wagenknecht.

Rentenpolitik – Am Donnerstag wurde über mehrere Anträge der Fraktion DIE LINKE. zur Rentenpolitik debattiert. Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik hin zu einer solidarischen Rentenversicherung, die den Lebensstandard nach langjähriger Erwerbstätigkeit sichert und Armut im Alter vermeidet. Die Rentenpolitik der Großen Koalition verfehlt dieses Ziel bei Weitem. DIE LINKE. will die gesetzliche Rente stärken, das Rentenniveau anheben und die solidarische Mindestrente einführen. [Hier](#) geht es zu einem der Anträge.

Ost-West-Rente – Ebenfalls am Donnerstag wurde über das sogenannte Rentenüberleitungs-Abschlussgesetz abgestimmt. Im 27. Jahr der deutschen Einheit besteht noch immer keine Renteneinheit zwischen Ost und West. DIE LINKE fordert den Wertunterschied zwischen den Rentenwerten in Ost und West für im Osten Deutschlands erworbene Rentenanwartschaften bis zum 01.07.2018 sukzessive auszugleichen. Mehr dazu in unserem [Antrag](#).

Betriebsrente - Das auch am Donnerstag behandelte sogenannte Betriebsrentenstärkungsgesetz ist eigentlich ein Rentenschwächungsgesetz! Denn dieses Gesetz wird dazu führen, dass die Beschäftigten zukünftig über noch mehr Entgeltumwandlung auf Lohn verzichten und damit ihre gesetzliche Rente und die aller künftigen Rentner und Rentnerinnen kürzen. Mehr dazu in einer [Rede](#) von MdB Matthias W. Birkwald sowie in unserem [Antrag](#).

Mindestlohn - Der gesetzliche Mindestlohn von gegenwärtig 8,84 Euro pro Stunde ist unzureichend, um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Vollzeitbeschäftigung davor zu bewahren, in Armut abzurutschen. In unserem [Antrag](#) fordern wir unter anderem, dass der gesetzliche Mindestlohn auf 12 Euro je Zeitstunde erhöht wird.

Sofortiger Abschiebestopp nach Afghanistan – Namentlich abgestimmt wurde zudem über ein Antrag der Fraktion DIE LINKE., in dem wir die Bundesregierung auffordern, einen sofortigen Abschiebestopp nach Afghanistan vorzunehmen. Denn für viele Nichtregierungsorganisationen und internationale Hilfsorganisationen stellt sich die Lage in Afghanistan für die Menschen keineswegs als sicher dar. Hier geht es zu unserem [Antrag](#).

Abzug der Bundeswehr aus Incirlik – Mit einer Fotoaktion am Donnerstag forderten wir die Bundesregierung auf, die Bundeswehr endlich aus Incirlik abzuziehen. Erdogan verwehrt noch immer den Zugang von Bundestagsabgeordneten zu den Bundeswehrstandorten, dennoch folgt keine Reaktion seitens der Bundesregierung. DIE LINKE. fordert den Bundeswehreinsatz in Incirlik unverzüglich zu beenden!

Mit freundlichen Grüßen



Euer Alexander